

Klaus Dörre

Hartz und Hoeneß

Warum Reichtum Armut bedingt und was dagegen zu tun ist

Klaus Dörre

(* 1957) ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Jüngste Veröffentlichung (hg. zus. mit Dieter Sauer und Volker Wittke): *Kapitalismustheorie und Arbeit*.

klaus.doerre@uni-jena.de



»Krankfeiernde« Hartz IV-Empfänger einerseits und Steuerhinterzieher à la Hoeneß andererseits haben etwas gemeinsam: Arme wie reiche Müßiggänger werden hierzulande nicht akzeptiert, so jedenfalls die Schlagzeilen der *Bild*-Zeitung. Doch solchen Gleichsetzungen liegt eine verzerrte Wahrnehmung zugrunde. Denn während sich wohlhabende Steuerflüchtlinge qua Selbstanzeige von harten Strafen freikaufen können, stehen Grundsicherungsbezieher institutionell unter einem Generalverdacht. Für sie wird die Erwerbslosigkeit zur ständigen Bewährungsprobe, sie müssen ihre gesamte Lebensführung engmaschigen bürokratischen Kontrollen unterwerfen. Die Arbeitsverwaltung prüft nicht nur die Eigenbemühungen um eine Stelle, auch Vermögen, Wohnverhältnisse und Lebensformen, die Mobilitätsbereitschaft, ja selbst geldwerte Geburtstagsgeschenke werden behördlich erfasst. Und schon bei geringfügigen Pflichtverletzungen müssen Langzeiterwerbslose mit der Kürzung von Leistungen rechnen.

Hinter den ungleichen Maßstäben, an denen das Verhalten von Arm und Reich gemessen wird, verbirgt sich indessen eine grundlegendere Problematik. Denn die Armut von vielen wird durch den Reichtum weniger erzeugt. Aus der globalen Perspektive betrachtet, zeichnet sich ein bemerkenswerter Trend ab. Während die soziale

Ungleichheit *zwischen* Staaten tendenziell abnimmt, wächst sie *innerhalb* der nationalen Gesellschaften. Die wohlhabenden Klassen werden zahlenmäßig größer und im Verhältnis zu den meisten übrigen sozialen Großgruppen zudem auch immer reicher. Besonders ausgeprägt ist dieser Trend in den angelsächsischen Ländern, insbesondere in den USA. Doch auch der einstmals vergleichsweise egalitäre *German Capitalism* bewegt sich in großen Schritten auf ähnliche Ungleichheitsrelationen zu. Die Vermögenskonzentration hat weiter zugenommen. Insgesamt zeichnet sich eine deutliche Umverteilung zugunsten der Vermögenseinkommen und der einkommensstarken Haushalte ab. Hingegen hat es bei den Nettolöhnen unterhalb des obersten Zehntels zwischen 2000 und 2010 Einbußen gegeben. Die Negativentwicklung wirkt sich jedoch nicht gleichmäßig aus. Während die Beschäftigten in den Exportindustrien ihre effektiven Löhne einigermaßen sichern konnten, sind die Verluste in den untersten Segmenten überproportional ausgefallen. Kaufkraftbereinigt sind die Nettostundenlöhne im untersten Zehntel binnen zehn Jahren von 4,06 auf 3,86 Euro gesunken, das entspricht einem durchschnittlichen Minus von 0,5%, das in der Relation größer ausfällt als das Minus bei den übrigen Lohnbeziehern.

Eine prekäre Vollerwerbsgesellschaft

In einer Gesellschaft, deren privater Reichtum sich zwischen 1992 und 2012 am Nettovermögen gemessen mehr als verdoppelt hat, bewegt sich die Armutsgefährdungsquote nach starkem Anstieg bis 2005 seit-

her relativ konstant zwischen 14 und 16 % der Bevölkerung. Zwar gehen die offiziell registrierte Erwerbslosigkeit und die Unterbeschäftigung zurück, doch Deutschland entwickelt sich zunehmend zu einer prekären Vollerwerbsgesellschaft. Während die Erwerbsbeteiligung auf Rekordniveau steigt, bleibt das Volumen der geleisteten Arbeitsstunden deutlich hinter dieser Entwicklung zurück. Der Beschäftigungsaufbau erfolgt in hohem Maße über unsichere, niedrig entlohnte und wenig anerkannte Jobs. Zu nennen sind die Zunahme sogenannter atypischer Beschäftigungsverhältnisse (Leiharbeit, Teilzeit, befristete und geringfügige Beschäftigung), vor allem aber die Ausweitung des Niedriglohnssektors. 2008 verdienten 3,6 % aller Beschäftigten weniger als fünf Euro brutto pro Stunde, 15,7 % der Menschen weniger als acht Euro. Im Niedriglohnsektor müssen kontinuierlich zwischen 1,3 und 1,4 Millionen Erwerbstätige ihre Löhne mit ALG II-Leistungen aufstocken. Zwischen 2007 und 2011 hat allein die Zahl der selbstständigen Aufstocker von 72.000 auf 127.000 zugenommen.

Trotz aller gegenteiligen Verlautbarungen kann kein Zweifel bestehen, dass prekäre Beschäftigung mehr und mehr sozial geschützte Arbeitsverhältnisse verdrängt. Für die 7,4 Millionen Minijobs, von denen ca. 4,9 Millionen im Haupterwerb ausgeübt werden, ist dieser Effekt empirisch belegt. Auch für die Leiharbeit gilt, dass etwa die Hälfte des Stellenzuwachses, der über diese Beschäftigungsform erzielt wird, in anderen Branchen wieder verloren geht.

Zugleich erweist sich das arbeitsmarktpolitische Versprechen einer Aufwärtsmobilität für einen Großteil der Prekären als bloße Fiktion. So ist zwischen September 2011 und August 2012 immerhin knapp zwei Millionen Personen der Ausstieg aus der Grundsicherung gelungen. Gleichzeitig gelangten jedoch 1,76 Millionen erwerbsfähige Personen neu in den Leistungsbezug; von ihnen hatten 50 % wäh-

rend der zurückliegenden zwölf Monate bereits »Hartz IV« erhalten. Auch die Gruppe der Langzeitbezieher, die innerhalb von zwei Jahren zumindest 21 Monate hilfebedürftig waren, reduziert sich nur langsam von 3,27 Millionen 2009 auf 3,03 Millionen im August 2012. Daran zeigt sich eine Verstetigung von Lebenslagen, in denen sich soziale Mobilität auf die individuelle Bewegung zwischen Erwerbslosigkeit, sozial geförderter Ersatzarbeit und prekären Jobs beschränkt. Soziale Unsicherheit wird zur Dauererfahrung. Und in dem Maße, wie Erwerbslose und prekär Beschäftigte gezwungen sind, sich mit materieller Knappheit, bürokratischer Reglementierung und sozialer Missachtung zu arrangieren, um ihr soziales Überleben zu sichern, werden sie zugleich zu Adressaten von gesellschaftlichen Stigmatisierungen.

Die Dienstklasse der Vermögensverwalter

Hingegen verwundert es, dass der Gesetzesbrecher Hoeneß, nicht aber der Zocker, der sein überschüssiges Geldvermögen zu spekulativen Zwecken an den Finanzmärkten einsetzt, öffentliche Kritik erfährt. Denn das legale Spielen mit Geld ist der eigentliche Skandal. In kapitalistischen Gesellschaften muss Reichtum immer wieder zu Kapital werden, das mit dem Ziel eingesetzt wird, zusätzlichen Gewinn zu erzielen. Gegenwärtig besteht das Grundproblem in überschüssigem Reichtum, der sich angesichts von Überkapazitäten in der Produktionsökonomie nur schwer gewinnbringend anlegen lässt. Dieses Grundproblem hat seit den 70er Jahren nicht nur zur hypertrophen Entwicklung der Finanzmärkte geführt; es schlägt sich sukzessive auch in der gesellschaftlichen Sozialstruktur und in einer veränderten Zusammensetzung der ökonomischen Eliten nieder. Parallel zur Kappung von Management- und Aufstiegspositionen in der Produktions-

ökonomie hat sich eine »Dienstklasse des Finanzmarktkapitalismus« (Paul Windolf) mit attraktiven Aufstiegspositionen herausgebildet (Investment-, Pensions- und Hedgefondsmanager, Investment-Banker etc.). Diese schöpft den wachsenden Reichtum, der sich als vagabundierende Liquidität auf den Finanzmärkten darstellt, ab, um ihn in Finanzprodukte und Eigentumsrechte an Unternehmen zu transferieren.

Finanzkapitalistische Landnahme

Von harter Konkurrenz um das anlagesuchende Kapital getrieben, tendieren die institutionellen Vermögensverwalter dazu, immer höhere Renditen zu versprechen, die nur durch entsprechend risikoträchtige Geschäfte zu realisieren sind. Da sie zugleich bestrebt sind, die finanziellen Risiken möglichst breit zu streuen, sorgen sie dafür, dass sich die formale Rationalität der Finanzmärkte, die höchst unterschiedliche Wirtschaftsräume vergleichbar machen soll, verallgemeinert. Mit der Neigung zu hochriskanten Transaktionen und der damit verbundenen Tendenz zum *moral hazard* wächst jedoch nicht nur die Krisenanfälligkeit des Finanzsystems insgesamt, auch die Krisenwirkungen sind wegen der »Demokratisierung« des Risikos zunehmend inter- und transnational.

Nicht minder bedeutsam ist, dass die finanzkapitalistische Dienstklasse auch die Regeln der Produktionsökonomie in hohem Maße beeinflusst. Institutionelle Anleger tendieren dazu, das Risiko, das mit der Jagd nach hohen Renditen verbunden ist, auf die Unternehmen zu übertragen. In der Folge wird für die Unternehmen die Sicherung einer Mindestprofitabilität zu einer strategischen Größe, an die andere, auch konkurrierende Steuerungskriterien angepasst werden. Trotz Krisenerfahrung, verbaler Abkehr vom Shareholder Value und eines Fachkräftemangels in Teilarbeitsmärkten operieren exportorientierte Unter-

nehmen (nicht nur) hierzulande weiter mit möglichst knapp bemessenen Stammbelegschaften. Das unternehmerische Risiko wird primär auf flexible und prekär Beschäftigte, auf Befristete, Leiharbeiter, Werkvertragsnehmer, Subunternehmer und Zulieferer abgewälzt. Strategische Investoren und selbst mittelständische Unternehmen geraten unter Anpassungsdruck. Dies ist eine wesentliche, wenngleich nicht die einzige Ursache für die Ausweitung prekärer Beschäftigung.

Zudem ist die finanzkapitalistische Dienstklasse offenbar besonders erfolgreich, wenn es um die Verwandlung von ökonomischer in politische Lobbymacht geht. Das zeigt sich u.a. in der Steuerpolitik. Um den Zufluss von liquidem Kapital zu sichern, werden Regierungen zu Steuerentlastungen für Vermögende genötigt. Auch in Deutschland macht sich seit Jahren eine nach oben umverteilende Wirkung des Steuersystems bemerkbar. Verantwortlich sind nicht zuletzt die Steuerentlastungs- und Steuersenkungsgesetze der Jahre von 1998 bis 2005. Die Steuerlast allein der 450 reichsten Deutschen hat sich dadurch durchschnittlich von gut 43 auf 31 % verringert. Eine Folge ist, dass staatliche Aufgaben sukzessive über die Privatisierung öffentlichen Vermögens und über Kreditaufnahme finanziert werden müssen. Ein Entwurf zum 4. Armuts- und Reichtumsbericht deutet die Folgen an: Während die privaten Vermögen wachsen und ihre Konzentration zunimmt, werden öffentliche Vermögenswerte abgeschmolzen. Von dieser Konstellation profitiert die finanzkapitalistische Dienstklasse gleich doppelt. Denn einerseits verschuldet sich der Staat letztendlich bei – steuerlich entlasteten – privaten Vermögensbesitzern, denen er andererseits, wie 2008/2009 geschehen, im Krisenfall auf Kosten der weniger vermögenden Steuerzahler beispringt, um die großen Vermögenswerte, die die Kreditinstitute sammeln, wegen ihrer vermeintlichen Systemrelevanz zu schützen.

Diese Form der finanzkapitalistischen Landnahme öffentlicher Güter und der schleichenden Enteignung von Sozialeigentum macht die Mitglieder der finanzkapitalistischen Dienstklasse zu »Eigentümern ohne Risiko« (Paul Windolf). Offenbar prägt die Dominanz des Anlagekapitals auch in Deutschland die Macht-, Kräfte- und Klassenverhältnisse.

Die politisch erzeugte öffentliche Armut ist ein wesentlicher Grund für die vermeintliche Nichtfinanzierbarkeit des Wohlfahrtsstaates, für rekommunifizierende Sozial- und Arbeitsmarktpolitiken nach dem Muster von Hartz IV. Und exakt hier liegt ein wesentlicher Ansatzpunkt für politisches Umsteuern. Der Weg in einen autoritären »Konsolidierungsstaat« (Wolfgang Streeck), den Austeritätspolitik und Schuldenbremse vorzeichnen, lässt sich nur stoppen, wenn auf der Einnahmenseite etwas für die Finanzierung öffentlicher Aufgaben getan wird. Dazu wäre als wichtiger Schritt eine progressive Besteuerung kurz-

fristiger Finanztransaktionen, aber auch großer Vermögen und Erbschaften sowie hoher Einkommen in seinen Wirkungen zwingend nötig. Flankiert durch eine entschlossene Politik der Entprekarisierung mit einem gesetzlichen Mindestlohn, ein insgesamt höheres Lohnniveau und öffentliche Investitionen in den sozialökologischen Umbau der Wirtschaft wäre dies eine Art Minimalkonzept, um die Fehlallokation von Reichtum zugunsten einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung zu korrigieren. Die gesetzeskonforme Bestrafung von Steuerhinterziehern und das Schließen von Steuerschlupflöchern sind in diesem Kontext wichtige, aber keineswegs zureichende Schritte. Es gilt, dem »Spiel« mit überschüssigem Reichtum soziale Regeln aufzuerlegen. Denn nur wenn die negativen, ausschließlich durch die Abwesenheit von Zwang definierten Freiheiten der Reichen (Karl Polanyi) eingeschränkt werden, haben die Armen eine Chance ihre sozialen Freiheiten zu erweitern. ■

Gunnar Hinck

Du gehörst nicht zu uns

Die Außenstehenden als neues soziales Problem

Der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital war lange Zeit das bestimmende Konfliktfeld für Sozialdemokratie und Gewerkschaften, der Arbeitnehmer Hauptadressat für Schutz- und Fürsorgemaßnahmen. Inzwischen hat sich eine neue Spaltungslinie herausgebildet: zwischen den etablierten, abgesicherten Beschäftigten einerseits und denen in prekären Lebenslagen andererseits. Gemeinsam werden sie nicht für ihre Rechte streiten können. Nötig ist eine Intervention der Politik.

Eine Mittagsszene in der Kantine eines deutschen Unternehmens Anfang des vergangenen Jahrzehnts: An der Kasse legen die Mitarbeiter routiniert einen kleinen Plastikchip auf ein Lesegerät, das sie als Betriebsangehörige ausweist und zum vergünstigten Preis des Mittagessens berechtigt. Dann kommt eine kleine Gruppe von



Gunnar Hinck

(* 1973) ist Politikwissenschaftler, Buchautor und Redaktionsmitglied der Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte. Zuletzt im Rotbuch Verlag erschienen: *Wir waren wie Maschinen. Die bundesdeutsche Linke der 70er Jahre.*

gunnar.hinck@fes.de